

Stadtsparkasse Wermelskirchen

Land Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk Köln
Anstalt des öffentlichen Rechts, Handelsregister Köln HRA 15991

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Lagebericht

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER SPARKASSE

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen. Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse bilden der im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG) festgeschriebene öffentliche Auftrag der Sparkasse sowie das Regionalprinzip. Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Die Schwerpunkte unseres Geschäftes liegen unter Beachtung des Regionalprinzips und öffentlichen Auftrags im Anlage- und Finanzierungsgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Dabei steht das bilanzwirksame Geschäft, ergänzt durch die Produkte unserer Verbundpartner, im Fokus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Eigenanlagen der Sparkasse.

Die Sicherung der Institute erfolgt durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbunden sind:

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass ein Institut alle Verbindlichkeiten vollständig erfüllen kann. Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverbund zusammengeschlossen. In einem Krisenfall steht dadurch das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung.

Die Funktion der Sparkassenzentralbank und Girozentrale nimmt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wahr.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2014 um real 1,6%. Die Entwicklung war unterjährig von einem schwungvollen Jahresbeginn gekennzeichnet, der allerdings zum Teil auf den milden Winter zurückzuführen war. Im zweiten Quartal kam es zu einem geringfügigen Rückgang des BIP (-0,1%). Im dritten Quartal änderte sich mit einem Plus von 0,1% ebenfalls wenig. Die Stimmung war seit dem Frühjahr u.a. durch den Ukraine-Konflikt und die Ereignisse in Syrien und den angrenzenden Ländern gedrückt. Obwohl diese Krisen weiterhin bestehen und die Verunsicherung über die politische und wirtschaftliche Zukunft Griechenlands wieder zugenommen hat, zeigen verschiedene Stimmungsinikatoren seit dem Herbst wieder aufwärts.

Es wurde im vergangenen Jahr wieder mehr investiert. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 3,4% (Vorjahr: -0,6%). Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 4,3% gesteigert, nachdem die deutschen Unternehmen ihre Investitionen zuvor zwei Jahre in Folge zurückgefahren hatten. Die bis zum Herbst vorliegenden Quartalszahlen zeigen jedoch, dass die Zunahme nur aus der Entwicklung im ersten Quartal stammte, als die Ausrüstungsinvestitionen in preis-, saison- und kalenderbereinigter Form um 2,8% gegenüber dem Vorquartal zulegten. Im Zuge der im Frühjahr einsetzenden Stimmungseintrübung kam es in den Folgequartalen zu Rückgängen um 1,8% bzw. 0,9%. Die Bauinvestitionen wurden in 2014 um 3,6% ausgeweitet, nach einem Rückgang um 0,1% im Vorjahr. Gerade bei

den Bauinvestitionen zeigten sich die Auswirkungen des außergewöhnlich milden Winters 2013 / 2014: Sowohl die Investitionen in Wohngebäude (+4,6%) wie auch in andere Bauten (+3,5%) konnten im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal deutlich gesteigert werden. In beiden Bereichen kam es dann im Folgequartal zu deutlichen Rückgängen um 3,4%, die sich im dritten Quartal abschwächten (-0,3%).

Der private Konsum trug in 2014 wie bereits im Vorjahr wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei (0,6 %-Punkte). Die privaten Konsumausgaben wurden um 1,2% gesteigert. Eine Ursache für diese Zunahme dürfte der Ölpreisverfall gewesen sein, darüber hinaus wirkten wie bereits im Vorjahr die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation konsumfördernd. Das Volkseinkommen ist 2014 um 3,5% gestiegen (Vorjahr: +2,2%). Dabei nahmen die Arbeitnehmerentgelte (+3,7%) und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,0%) in ähnlichem Ausmaß zu. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich um 2,4%. Die staatlichen Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr um 1,1% ausgeweitet (Vorjahr: +0,7%). Sie trugen damit 0,2 %-Punkte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

Der Außenhandel leistete in 2014 einen Wachstumsbeitrag von 0,4%-Punkten. Die Exporte konnten in realer Rechnung um 3,9% (nominal 3,6%) gesteigert werden. Die Importe legten in realer Rechnung in ähnlicher Größenordnung zu (3,4%), in nominaler Betrachtung, d.h. in Vorjahrespreisen jedoch nur 1,8%. Dies erklärt sich aus den gesunkenen Importpreisen, insbesondere den deutlich gesunkenen Preisen für Rohöl bzw. Mineralölprodukte.

Der deutsche Arbeitsmarkt blieb von der zeitweilig verhaltenen Entwicklung der Gesamtwirtschaft weitgehend unbeeindruckt, so das Resümee der Bundesanstalt für Arbeit zum abgelaufenen Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 42,7 Millionen Menschen erwerbstätig, 371.000 Personen bzw. 0,9% mehr als im Vorjahr. Erneut legte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überproportional zu. Auch im vergangenen Jahr stieg das Erwerbspersonenpotenzial weiter an, was sowohl auf eine Nettozuwanderung als auch auf eine gestiegene Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist. Daher führte der Anstieg der Erwerbstätigenzahl nicht im gleichen Maße zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit. Dennoch erreichte die Arbeitslosigkeit mit 2.898.000 Menschen einen historischen Tiefstand: seit 1991 waren nie weniger Menschen arbeitslos gemeldet (in 2012 gleiches Niveau). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank auf 6,7% (2013: 6,9%).

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,9% und entfernten sich damit weiter von der von der EZB angestrebten Stabilitätsmarke von unter, aber nahe 2%. Geringer war die Inflationsrate zuletzt in 2009 (0,3%). Ursächlich für den nur schwachen Preisanstieg waren in erster Linie die deutlich gesunkenen Energiepreise (-2,1% im Jahresdurchschnitt). Ohne diese aus deutscher Sicht positive Entwicklung hätte die Jahresteuerungsrate bei 1,3% gelegen. Darüber hinaus kam es lediglich im Bereich Nachrichtenübermittlung zu Preisrückgängen, in den anderen zehn Untergliederungen des Indizes gab es Preiserhöhungen.

Die Finanzmärkte waren 2014 nicht nur von zunehmenden Unsicherheiten und auffälligen Divergenzen im makroökonomischen Umfeld geprägt. Vielmehr rückten auch verstärkt strukturelle Defizite und die Verteilungsverhältnisse als Wachstumshemmnisse ins Blickfeld. So begrenzte das in vielen Ländern relativ geringe Wachstum der Reallöhne die Konsumnachfrage. Trotz umfangreicher geldpolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Bedingungen entwickelten die privaten Investitionsausgaben zumeist auch keine Dynamik. Während die Bilanzsummenausweiterungen der Notenbanken die Risikobereitschaft an den Finanzmärkten zeitweilig weiter erhöhte, sprang der Funke auf die Realinvestitionen nicht über.

Die Europäische Zentralbank (EZB) reduzierte den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Berichtsjahr in zwei Schritten um insgesamt 0,20 Prozentpunkte auf den neuen historischen Tiefstand von 0,05%. Der Einlagezins der EZB ist seit Juni 2014 erstmals negativ und betrug zuletzt -0,20%. Korrespondierend reduzierten sich die Sätze am Geldmarkt auf ein Niveau knapp über der Nulllinie. Die Kapitalmarktsätze waren gleichfalls von einem deutlichen Rückgang geprägt und erreichten ein historisch niedriges Niveau. Der deutsche Aktienmarkt war in der zweiten Jahreshälfte von stärkeren Volatilitäten gekennzeichnet; der Deutsche Aktienindex (DAX) bewegte sich im Jahresverlauf ohne erkennbare Tendenz zwischen rd. 8.500 und 10.000 Punkten.

BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach der Analyse der Deutschen Bundesbank hat das deutsche Kreditgewerbe im Jahr 2013 bei einem rückläufigen bilanziellen Geschäftsvolumen das operative Ertragsniveau des Vorjahres deutlich unterschritten; es erreichte mit 120 Mrd. € zudem den niedrigsten Stand seit dem Krisenjahr 2008. Dieser Ergebnisrückgang war eingebettet in ein weiterhin herausforderndes Umfeld, geprägt von einem historisch niedrigen Zinsniveau sowie einer insgesamt verhaltenen Nachfrage nach bankspezifischen Produkten und fortbestehenden regulatorischen Anpassungsnotwendigkeiten. Dem standen allerdings eine Stärkung der kapitalbezogenen Risikotragfähigkeit sowie Fortschritte bei der Umstrukturierung der Kerngeschäftsfelder gegenüber. Mit Ausnahme des Provisionsergebnisses waren bei allen Hauptkomponenten des operativen Geschäfts Einbußen zu verzeichnen. Dabei ging der Zinsüberschuss, die mit Abstand wichtigste Ertragsquelle der Banken, um fast 6 Mrd. € beziehungsweise 6,4% zurück. Das Ergebnis aus dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft blieb hingegen bei weitgehend unveränderten Margen vergleichsweise stabil. Bei nahezu unveränderten Betriebskosten reduzierte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung beträchtlich um 9,1 Mrd. € auf 37,1 Mrd. €. Dank eines immer noch sehr moderat ausgefallenen Bewertungsergebnisses (-6,5 Mrd. €) bewegte sich das Betriebsergebnis nach Bewertung (Betriebsergebnis) mit 30,6 Mrd. € trotzdem noch deutlich oberhalb des längerfristigen Durchschnitts von 22,8 Mrd. €.

Für das Jahr 2014 konstatiert die Bundesbank eine deutliche Verringerung des Zinsüberschusses bei leichter Zunahme des Provisionsüberschusses. Insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken würden durch die Abflachung der Zinsstrukturkurve im Jahresverlauf negativ betroffen, da sie größere Ertragsanteile als andere Bankengruppen aus der Fristentransformation erzielen. Die größten Belastungen für die deutschen Kreditinstitute auf der Kostenseite sieht die Bundesbank in den weiter steigenden regulatorischen Anforderungen, aber auch aufgrund fort dauernder Restrukturierungsmaßnahmen. Die gesunkene Kreditrisikovorsorge dürfte sich in 2014 hingegen positiv auf das Betriebsergebnis nach Bewertung ausgewirkt haben, so die Bundesbank in ihrem Bericht. Die Gründe hierfür seien u.a. der stabile Arbeitsmarkt, der fortgesetzte Boom an den Immobilienmärkten und die gute Verfassung des Unternehmenssektors.

Die Bilanzsumme der Sparkassen nahm im Jahr 2014 um 1,4% zu. Bei den Kundeneinlagen war ein Wachstum von 2,5% zu verzeichnen. Ein wesentlicher Anteil am Zuwachs entfällt auf die Sichteinlagen, die gegenüber dem Vorjahr um 8,7% zulegten. Die Kundenkredite nahmen trotz Tilgungen auf Rekordniveau insgesamt um 12,3 Mrd. € zu. Während der Bestand der Kredite an Unternehmen und Selbständige um 1,4% ausgeweitet werden konnte, lag der Bestandszuwachs bei den Wohnungsbaukrediten bei 2,8%. Im Konsumentenkreditgeschäft war dagegen ein Bestandsrückgang von 3,3% zu verzeichnen. Als wichtigste Ertragskomponente stieg der Zinsüberschuss um 0,5%, der Provisionsüberschuss nahm sogar um 2,8% zu. Gleichzeitig erhöhte sich der Verwaltungsaufwand um 2,3%. Ursächlich hierfür sind vor allem die spürbaren Lohnzuwächse aus dem Tarifabschluss. Sie führten zu einer Steigerung des Personalaufwands um 3,1%. Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag in 2014 mit 10,9 Mrd. € nur leicht unter dem Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund eines verbesserten Bewertungsergebnisses waren die Sparkassen in der Lage, 4,1 Mrd. € in die Vorsorgereserven zu überführen.

Einen spürbaren Einfluss auf die Ertragslage wird die Umsetzung und Anwendung der neuen aufsichtsrechtlicher Eigenkapital- und Liquiditäts- und Meldeanforderungen haben. Diese beschränken einerseits teilweise die Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten, andererseits haben die neuen und geänderten Anforderungen Auswirkungen auf die Kostensituation der Institute. Mittelfristig dürfte ebenso das tendenziell zunehmende Zinsänderungsrisiko die Ertragskraft beeinträchtigen.

GESCHÄFTSVERLAUF UND DARSTELLUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat sich im Berichtsjahr günstig entwickelt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 7,0 Mio. € bzw. 1,1%. Das Geschäftsvolumen reduzierte sich um 1,3 Mio. € bzw. 0,2%. Während die Bilanzsummenerhöhung vor allem auf die Ausweitung des bilanzwirksamen Kreditgeschäftes und den Zuwachs von Kundeneinlagen zurückzuführen ist, beruht der Rückgang des Geschäftsvolumens auf der Verringerung der unwiderruflichen Kreditzusagen. Den Geschäftsverlauf der Sparkasse im Jahr 2014 veranschaulicht die folgende Übersicht anhand einiger wesentlicher Daten:

	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2014 Mio. €
Bilanzsumme	638,7	633,6	640,6
Eventualverbindlichkeiten	9,0	9,6	10,9
Unwiderrufliche Kreditzusa- gen	23,3	25,1	15,5
Geschäftsvolumen	671,0	668,3	667,0
 Forderungen an Kunden			
Kredite und Darlehen	421,6	428,3	435,9
Treuhandkredite	8,0	7,7	7,8
Summe	429,6	436,0	443,7
 Liquide Mittel			
Barreserve	8,6	10,1	10,0
Bankguthaben	42,2	23,6	6,0
Wertpapiere	144,6	151,9	169,6
Summe	195,4	185,6	185,6
 Einlagen von Kunden			
Spareinlagen	197,3	188,6	199,9
Sparkassenbriefe	59,7	56,6	45,4
Giro- und Termineinlagen	180,0	204,1	208,8
Summe	437,0	449,3	454,1
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	81,9	59,9	58,0

Zu den Geschäftsergebnissen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

Mit Neuzusagen an Privat- und Geschäftskunden im Berichtsjahr in Höhe von 82,6 Mio. € verlief das Kreditgeschäft erneut dynamisch. Die Gesamtausleihungen einschließlich der Treuhandkredite stiegen um 7,7 Mio. €. Den Schwerpunkt des Kreditgeschäfts stellen bei einem Zuwachs von 5,0 Mio. € mit 158,5 Mio. € weiterhin die privaten Wohnungsbaukredite dar. Insgesamt nahmen die Forderungen an Privatkunden um 3,5 Mio. € auf 191,6 Mio. € zu. Die größten Neugeschäftsimporte kamen aus dem gewerblichen Kreditgeschäft mit Darlehenszusagen von 48,8 Mio. €. Hier beträgt der Bestand nunmehr 178,3 Mio. €.

EIGENANLAGEN

Der Bestand an Eigenanlagen der Sparkasse in Wertpapieren erhöhte sich um 17,7 Mio. € auf 169,6 Mio. €, wobei der Zuwachs nahezu vollständig auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt. Der Zuwachs korrespondiert mit der Verringerung der Forderungen an Kreditinstitute in etwa gleicher Höhe. Der Bestand an Investmentfonds stieg um 0,7 Mio. €. Umwidmungen von Wertpapiereigenanlagen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt.

BETEILIGUNGEN

Der Umfang der Beteiligungen reduzierte sich durch die Neufestsetzung der Beteiligungsquote der Sparkasse am RSGV um 0,2 Mio. € auf 7,9 Mio. €.

KUNDENEINLAGEN

Die Kundeneinlagen erhöhten sich insgesamt um erfreuliche 4,9 Mio. € bzw. 1,1% auf 454,1 Mio. €. Wie im Vorjahr war ein kräftiger Zuwachs bei den täglich fälligen Einlagen (+10,9 Mio. €) auf 180,1 Mio. € zu verzeichnen. Hier „parkten“ die Kunden weiterhin erhebliche Einlagebeträge in der Erwartung oder der Hoffnung auf bald steigende Zinsen. Bei den Spareinlagen konnte der seit Jahren anhaltende Trend rückläufiger Bestände umgekehrt werden. Der Zuwachs von 11,3 Mio. € bzw. 6,0% auf 199,9 Mio. € ist vor allem auf die Reaktivierung der Spareinlage mit einjähriger Kündigungsfrist

als „Spar Klassik“ zurückzuführen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus mieden Kunden Festzinsprodukte wie Termineinlagen und Sparkassenbriefe. Hier reduzierten sich die Bestände um 6,1 Mio. € bzw. 11,2 Mio. € auf 28,7 Mio. € bzw. 45,4 Mio. €.

INTERBANKGESCHÄFT

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich um 17,6 Mio. € auf 6,0 Mio. €. Es handelt sich dabei um aus Liquiditätsgründen unterhaltene kurzfristig verfügbare Guthaben sowie um längerfristige Engagements. Die Verringerung ist hauptsächlich auf Rückführung kurzfristiger Anlagen zurückzuführen. Die entsprechenden Mittel wurden in liquide Wertpapieranlagen investiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich mit einer Reduzierung von 1,9 Mio. € nur unwesentlich verändert. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich überwiegend um langfristige Mittel, die der entsprechenden Refinanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

NICHT BILANZWIRKSAMES KUNDENGESCHÄFT

Die Wertpapierumsätze sanken leicht von 31,0 Mio. € auf 28,5 Mio. €. Der Bestand der von der Sparkasse vermittelten Wertpapiere betrug insgesamt 83,9 Mio. € nach 83,0 Mio. € im Vorjahr. Das Wertpapiergeschäft hat sich auf niedrigem Niveau konsolidiert.

Das Vermittlungsgeschäft von Produkten der Verbundpartner der S-Finanzgruppe (Bausparverträge, Versicherungsverträge, Immobilien) hat sich insgesamt positiv entwickelt.

RÜCKLAGEN

Aus dem Gewinn der Sparkasse wurde dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 4,2 Mio. € zugeführt, der damit einen Bestand von 76,7 Mio. € ausweist. Der Bilanzgewinn des Vorjahrs von 0,1 Mio. € wurde in die Sicherheitsrücklage eingestellt, die damit 34,6 Mio. € beträgt. Insgesamt betragen die bilanziellen Rücklagen nunmehr 111,3 Mio. € (+ 4,3 Mio. €).

Abweichend von dem im Vorjahr erwarteten Geschäftsverlauf hat sich die Sparkasse in einigen Bereichen günstiger entwickelt. So stieg das Kreditgeschäft wegen der hohen Kundennachfrage stärker an als erwartet. Bei den Spareinlagen konnte trotz weiterer Zunahme der kurzfristigen Einlagen aus den obengenannten Gründen ebenfalls ein Bestandszuwachs erzielt werden. Der Anstieg der Bilanzsumme war damit etwas stärker als angenommen.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Der für die Gesamtrentabilität entscheidende Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen hat sich um 0,5 Mio. € oder 3,1% auf 15,9 Mio. € vermindert. Der Rückgang resultiert in etwa zu gleichen Teilen aus einem höheren Rückgang der Zinserträge im Vergleich zum Rückgang der Zinsaufwendungen als auch aus einer Reduzierung der Erträge aus Investmentfonds. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen im Kundengeschäft verringerten sich trotz gestiegener Einlagen- und Kreditvolumina. Hier machten sich das anhaltende Niedrigzinsniveau und der harte Wettbewerb um Einlagen bemerkbar. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 0,4 Mio. € (+10,4%) auf 4,1 Mio. €. Die Mehreinnahmen entfallen vor allem das Kontoführungs- und Zahlungsverkehrsgeschäft sowie das Vermittlungsgeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 0,5 Mio. € auf 9,8 Mio. €. Der Anstieg entfällt sowohl auf den Personalaufwand (+6,3%) als auch auf die weiteren Verwaltungsaufwendungen (+3,6%). Bei den Personalaufwendungen schlügen vor allem die Auswirkungen des letzten Tarifabschlusses zu Buche. Bei den Sachaufwendungen waren das Kreditkartengeschäft, Pflichtbeiträge sowie Aus- und Fortbildung die Hauptkostentreiber. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 0,5 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Insgesamt waren die Erträge (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 1 bis 9) mit 20,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 1,6% geringer. Der Geschäftsaufwand (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 10 bis 12) stieg um 0,4 Mio. € bzw. 4,2% auf 11,0 Mio. €.

Die Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft betragen (nach Verrechnung mit Erträgen) 2,0 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). In dem Wert ist die Dotierung von stillen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB mit 3,0 Mio. € enthalten. Ohne diese Maßnahme wäre ein Nettoertrag, vorrangig durch die Zuschreibung aus der Bewertung von Wertpapieren, ausgewiesen worden. Die Bewertung von Beteiligungen hatte keine nennenswerte Auswirkung auf das Jahresergebnis.

Die Märkte für unseren zinsbezogenen Wertpapierbestand (Pfandbriefe, Bankschuldverschreibungen, Schuldverschreibungen öffentlicher Gebietskörperschaften und Unternehmensanleihen) sind zum Bilanzstichtag als teilweise aktiv anzusehen. Die Bewertung erfolgte bei aktiven Marktverhältnissen anhand der Börsen- bzw. Marktpreise. Wertpapiere, deren Märkte als inaktiv anzusehen waren, wurden zu plausibilisierten, indikativen Kursen bewertet.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute betrieb die Sparkasse zusätzliche Risikovorsorge durch die weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 4,2 Mio. €. In der Dotierung ist ein Anteil von 0,3 Mio. € enthalten, den die Sparkasse als ehemalige mittelbare Anteilseignerin der früheren WestLB AG für die gegebenenfalls zukünftig entstehenden liquiditätswirksamen Verluste der von der WestLB AG errichteten „Ersten Abwicklungsanstalt“ gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernehmen muss. Die weitere Aufstockung dieses Unterpostens ist bis zum Jahr 2033 vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2014 hat sich die Ertragslage der Sparkasse insgesamt auf einem guten Niveau gehalten. Die Ertragssituation wird auch anhand der wichtigsten Rentabilitätskennzahlen deutlich.

Kennzahl ¹	2012	2013	2014
Zinsspanne in % der DBS ²	2,31	2,37	2,26
Provisionsüberschuss in % der DBS	0,55	0,59	0,63
Verwaltungskosten in % der DBS	1,42	1,48	1,52
Cost-Income-Ratio ³ in %	49	47	50

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation betragen der Zinsüberschuss der Stadtsparkasse Wermelskirchen 2,42% der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS), der Provisionsüberschuss 0,64% und die Verwaltungskosten 1,60% der DBS.

Der Steueraufwand lag mit 3,0 Mio. € um 0,7 Mio. € unter dem Vorjahr. Der um aperiodische Effekte bereinigte Steueraufwand des Vorjahrs betrug 2,8 Mio. €. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt rund 111.000 € und liegt damit um rund 2.000 € über dem Vorjahresergebnis. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 0,017%.

Die Rentabilität der Sparkasse ist damit - auch im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größe - als gut zu bezeichnen. Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung.

FINANZLAGE

Der Sparkasse standen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba zur Verfügung. Über das Offenmarktsystem der EZB hat die Sparkasse keine Refinanzierungsmittel aufgenommen. Andere langfristige Refinanzierungsmittel wurden zurückgeführt bzw. bei Bedarf durch kurzfristige Aufnahmen im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition ersetzt. Die täglich verfügbaren Anlagen bei Kreditinstituten wurden aufgrund deren Unverzinslichkeit abgebaut. Die Anforderungen gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) wurden eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 1,8 (Vorjahr 1,7). Sie liegt damit deutlich über dem gesetzlich geforderten Mindestwert von 1,0. Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 1,7 und 1,9. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr durch eine planvolle und ausgewogene Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Alle

¹ Datenbasis: Gewinn- und Verlustrechnung, Abweichungen zum Betriebsvergleich der Sparkassen sind konzeptionell bedingt

² Durchschnittliche Bilanzsumme (2012: 644,4 Mio. €; 2013: 627,6 Mio. €; 2014: 645,8 Mio. €)

³ Aufwand/Ertrag-Relation: Aufwand pro 100 € Ertrag

Zahlungsverpflichtungen wurden erfüllt. Angaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken enthält der Abschnitt LIQUIDITÄTSRISIKEN im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

VERMÖGENSLAGE

Zum 31.12.2014 betrug die Sicherheitsrücklage 34,6 Mio. € (Vorjahr: 34,5 Mio. €). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres umfangreiches Eigenkapital in Form des Fonds für allgemeine Bankrisiken, der im Berichtsjahr um 4,2 Mio. € auf 76,7 Mio. € aufgestockt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme beträgt das bilanzielle Eigenkapital zum 31.12.2014 5,4% (Vorjahr: 5,4%), unter Berücksichtigung des Fonds für allgemeine Bankrisiken 17,4 % (Vorjahr: 16,8 %). Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Abs. 2 CRR (Vorjahr: Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung) beträgt 27,1% (Vorjahr: 22,5%). Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 21,9% und 27,1%. Aufgrund der Zusammensetzung der Eigenmittel handelt es sich bei diesen Werten gleichzeitig um die Kernkapitalquote. Damit überschreitet dieser Wert sehr deutlich den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung, auch unter Berücksichtigung zukünftig steigender Eigenmittelanforderungen, ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Wermelskirchen ist trotz rückläufiger Zinsüberschüsse somit zusammenfassend als gut zu bezeichnen.

NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse insgesamt

	136 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
davon	78 vollzeitbeschäftigte und
	39 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie
	19 Auszubildende.

Drei Auszubildende beendeten ihre Ausbildung mit Erfolg, zwei übernahm die Sparkasse in das Angestelltenverhältnis. Im Jahr 2014 stellte die Sparkasse sechs neue Auszubildende ein.

SPENDEN UND BÜRGERSTIFTUNG

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen und ihre Bürgerstiftung haben im vergangenen Jahr kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten mit insgesamt rund 98 Tsd. € (Vorjahr: 62 Tsd. €), davon rund 96 Tsd. € (Vorjahr: 60 Tsd. €) aus Mitteln der Stiftung, unterstützt und gefördert. Das Stiftungskapital beläuft sich unverändert auf 5 Mio. €.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENTZIELE UND –SYSTEM

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernaufgaben von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Liquiditäts-, das operationelle sowie das Beteiligungsrisiko eingestuft. Diese Risiken haben unmittelbar Auswirkung auf die Rentabilität sowie die Vermögens- und Liquiditätssituation der Sparkasse. Neben der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist ebenfalls die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen Gegenstand des Risikomanagements.

Voraussetzungen für die Steuerung und Messung der Risiken sind eine ausgeprägte aufbauorganisatorische Funktionstrennung zwischen den Marktbereichen, der Marktfolge und den einbezogenen

Stabsbereichen sowie ein prozessintegriertes internes Kontrollsyste. Durch eine dem Risikogehalt der Geschäfte angepasste Organisationsstruktur und mit der Umsetzung der von der Bankenaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement werden die Risiken angemessen gesteuert. Mess- und Kontrollmechanismen sind hierbei von den ausführenden Marktbereichen organisatorisch getrennt.

Die Risikocontrollingfunktion obliegt dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung. Er ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und an allen Entscheidungen gemäß AT 4.4.1 Tz. 2 MaRisk zu beteiligen. Darüber hinaus ist eine Beteiligung bei allen Beschlüssen, die grundlegende Auswirkungen auf das Risikoprofil der Sparkasse haben, erforderlich. Risikoüberwachende Organisationseinheiten sind die Abteilung Unternehmenssteuerung sowie für den Bereich des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft auf Einzelkundenebene die Abteilung Kreditrisikomanagement. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision unabhängig von den einzelnen Geschäftsbereichen alle relevanten Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt im Wesentlichen durch den Vorstand auf der Grundlage regelmäßiger Risikoberichte der risikoüberwachenden Abteilungen. Als effektive Steuerungshandlungen betrachtet die Sparkasse darüber hinaus die intensive Bearbeitung ausfallgefährdeter Kreditengagements sowie präventive Maßnahmen der Abteilung Kreditrisikomanagement. Neben der Berichterstattung durch marktunabhängige Organisationseinheiten prüft die Interne Revision das Risikomanagementsystem und informiert den Vorstand direkt über ihre Prüfungsergebnisse.

Basierend auf einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsberechnung betrachtet die Sparkasse bei der Risikosteuerung zwei Szenarien. Das „erwartete Risiko“ ist dabei ein Szenario, das aufgrund von Erfahrungswerten und/oder mathematisch-statistischen Analysen erwartet wird, wenn keine außergewöhnlichen externen oder internen Ereignisse eintreten. Das „unerwartete Risiko“ ist ein Szenario, das bei unerwarteten, aber möglichen externen oder internen Ereignissen eintreten kann.

Das Risikoprofil der Sparkasse leitet sich aus der in der Geschäfts- und Risikostrategie beschriebenen Geschäftsstruktur sowie der dort definierten Risikotoleranz der Geschäftsleitung ab. Die Risikotoleranz wird in Form von Risikolimiten, welche am Vermögen der Sparkasse orientiert sind, quantifiziert. Der Gesamtumfang der Risikolimite ist so bemessen, dass im Rahmen des Going-Concern-Ansatzes nach Vollauslastung der Limite ausreichende Risikopuffer verbleiben. Mit den Risikolimiten deckt die Sparkasse die erwarteten und unerwarteten Risiken in der periodischen Sichtweise 12 Monate rollierend ab. Risiken werden aggregiert dargestellt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Neben den Standard-Szenarien „erwartetes Risiko“ und „unerwartetes Risiko“ werden weitere Stressszenarien simuliert, die teilweise risikoartenübergreifende Faktoren berücksichtigen, teilweise nur für einzelne Risikoarten durchgeführt werden. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden in vierteljährlichen Berichten über die Gesamtrisikolage informiert.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und der Wirksamkeit von Risikoüberwachungssystemen verfügt die Sparkasse über entsprechende Notfallkonzepte. Die Sparkasse verzichtet auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung von Risiken.

ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Das Ausfallrisiko betrifft sowohl bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen als auch ggf. nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche, beispielsweise aus derivativen Finanzinstrumenten. Angaben zum Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen enthält der Abschnitt BETEILIGUNGSRISIKEN.

Eine Limitierung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft zunächst durch die Festlegung der Kredithöchstgrenze je Kreditnehmer. Darüber hinaus ist bei Wertpapiereigenanlagen der Erwerb einzelner Wertpapiergattungen durch Limite je Emittent eingeschränkt. Das Adressenausfallrisiko bei Wertpapieren spiegelt sich nach unserer Einschätzung grundsätzlich im Kurs wider. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Wertpapiergeschäften werden unter den Kursrisiken zusammengefasst (siehe unter MARKTPREISRISIKEN).

Wir begrenzen das Adressenausfallrisiko durch eine sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner. Ferner werden die wesentlichen Engagements laufend hinsichtlich ihrer Bonitätsentwicklung analysiert, wobei die Sparkasse bei Kreditengagements verschiedene interne Ratingverfahren einsetzt. Der Vorstand wird in einem vierteljährlichen Risikoreport über die Entwicklung der Kreditrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert. Für das Kundengeschäft erfolgt ergänzend der Einsatz des periodisch ausgerichteten Kreditportfoliomodells CPV Kompakt. CPV simuliert die erwarteten und

unerwarteten Verluste mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau und einer 250-tägigen Haltedauer. Bei wesentlichen Veränderungen der Risikolage erfolgt die Unterrichtung der Geschäftsleitung kurzfristig im Rahmen der ad-hoc-Berichterstattung. Die Risiken aus Geldmarktgeschäften sind durch volumenbezogene Limite begrenzt.

Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgt gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Die Entscheidung zur Bildung von Risikovorsorge basiert auf der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der nachhaltigen Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers. Bei der Höhe der im Einzelfall zu bildenden Wertberichtigung orientiert sich die Sparkasse an dem nicht durch Sicherheiten gedeckten Forderungsteil. Diesbezüglich erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten hinsichtlich ihres voraussichtlichen Realisationswertes. Die Geschäftsprozesse im Zusammenhang mit der Bildung von Risikovorsorge sowie ihre kompetenzgerechte Genehmigung sind in einer Arbeitsanweisung geregelt. Die Kreditengagements werden anlassbezogen dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Risikovorsorge für bereits wertberichtigte Kreditengagements wird monatlich überprüft und ggf. angepasst. Der Gesamtvorstand wird ab einem erkannten Risikovorsorgebedarf von 50 Tsd. € sofort informiert. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Die positive konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2014 hat tendenziell zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation vieler Kreditnehmer geführt. Nach dem Urteil der Internen Revision sind die erkannten Risiken durch entsprechende Wertberichtigungen auf Forderungen ausreichend gedeckt.

Das Kreditportfolio der Sparkasse einschließlich der Beteiligungen und offener Zusagen setzt sich aus folgenden Kreditnehmerarten zusammen:

Kreditnehmer / Kreditart	Anteil in %
Inländische Privatpersonen	35,0
Inländische Unternehmen / Selbstständige	36,7
Ausländische Kunden	0,6
Öffentliche Haushalte	1,6
Kreditinstitute	0,7
Wertpapiere	24,3
Beteiligungen	1,1

Die Branchenverteilung der Kreditnehmergruppe Unternehmen / Selbstständige:

Branche	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft	1,5
Energie- und Wasserversorgung	6,3
Verarbeitendes Gewerbe	11,2
Baugewerbe	9,4
Handel und Instandhaltung	12,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	10,3
Gastgewerbe	1,9
Dienstleistungen für Unternehmen	6,7
Beratung, Planung, Sicherheit	8,1
Öffentliche und private Dienstleistungen	2,4
Gesundheit und Soziales	2,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	20,6
Bauträger	1,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	1,6
Sonstiges	2,1

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Kundenkredite verwendet die Sparkasse vorrangig die Ratingverfahren der S-Finanzgruppe: Sparkassen-Standardrating, Immobiliengeschäfts-Rating, Kunden-Kompakt-Rating und Kundenscoring. Der Kundenkreditbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2014	2013
1 – 6	70,1	67,2
7 - 12	23,1	25,3
13 – 15	3,7	4,1
16 - 18	3,1	3,4

*bezogen auf das geratete Kreditvolumen

In etwa die Hälfte der Ausleihungen im Kundengeschäft entfällt auf Privatpersonen. Ferner wurde mehr als die Hälfte der Kundenkredite für Zwecke des Wohnungsbaus vergeben. Bei den gewerblichen Krediten liegt eine ausgewogene Branchenverteilung vor. Der auf dem Dienstleistungssektor liegende Schwerpunkt weist aufgrund einer weitergehenden Diversifizierung innerhalb der Hauptbranche kein signifikantes Konzentrationsrisiko auf. Die innerhalb des Dienstleistungssektors bedeutende Branche Grundstücks- und Wohnungswesen ist auf Grundlage der analysierten Bonitäts- und Granularitätsstruktur ebenfalls nicht mit einem nennenswerten Konzentrationsrisiko behaftet. Der Anteil der mit bonitätsschwachen Ratings eingestuften Kreditnehmer ist als moderat zu bezeichnen. Nennenswerte Verschlechterungen der Risikolage sind aus der Ratingstruktur nicht abzuleiten. Strukturelle Risiken des Kreditgeschäfts sind daher aktuell und zukünftig als niedrig einzustufen. Mit Blick auf die einzelnen Kreditengagements erwarten wir für das laufende Jahr einen moderaten Bewertungsaufwand.

Für Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft bestand ein Limit von 8,0 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 17% des Risikodeckungspotenzials und 34% der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten. Bezogen auf das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft haben sich die Risiken auf niedrigem Niveau leicht verringert.

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Wertpapiere des Eigengeschäfts verwendet die Sparkasse die Ratingverfahren von Standard & Poors (S&P). Der Wertpapierbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2014	2013
AAA – A	76,0	68,0
BBB	12,2	16,5
BB und schlechter	---	---
ohne Rating	11,8	15,5

*bezogen auf den gesamten Wertpapiereigenbestand

In den Anlagen ohne Rating sind drei Immobilienfonds enthalten, die vornehmlich in Europa investiert sind sowie um einen in europäischen Anleihen investierten Fonds mit dem Schwerpunkt in Investments der Ratingklassen BB und B.

Die Ausfallrisiken im Wertpapiersektor sind durch die in den Vorjahren durchgeföhrten Bewertungsmaßnahmen abgesichert. Die Ratings deuten nicht auf nennenswerte Ausfallrisiken hin. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert. Die Limitierung der Ausfallrisiken von Wertpapieren in Form von Bonitäts- und Spreadrisiken sowie die Risikoberichterstattung erfolgen im Rahmen der Kursrisiken (siehe Abschnitt MARKTPREISRISIKEN).

MARKTPREISRISIKEN

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisveränderungen ergeben. Zusätzliche Marktrisiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag 31. Dezember zu Abschreibungen oder am Realisationstag zu realisierten Verlusten führen. Wesentliche und einer Limitierung unterliegende Marktpreisrisiken der Sparkasse sind das Kursrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Ferner können Sachwerte wie Immobilien und Sicherungsgüter von Marktpreisrisiken betroffen sein.

Für den Wertpapierbereich werden zur Ermittlung des erwarteten Kursrisikos Abschreibungen und für verzinsliche Wertpapiere auf Grund des Pull-to-par-Effektes erwartete Kursrückgänge sowie das Bonitätsrisiko angesetzt. Das erwartete Abschreibungsrisiko ergibt sich auf Basis der Tageskurse des Bewertungstichtages aus der Anwendung SimCorp Dimension (SCD). Für Fondsinvestments erfolgt die Ermittlung des erwarteten Verlustes auf Basis des Rücknahmepreises bzw. des Börsenkurses aus SCD. Die Ermittlung des Bonitätsrisikos erfolgt unter Verwendung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Der Gesamtwert aus Marktpreis-, Spread- und Bonitätsrisiko nach Durchführung eines Ratingshifts sowie dem bei der Rückgabe von Fondsanteilen ggf. anfallenden Rücknahmehabschlag ergeben, vermindert um den Wert des erwarteten Risikos, das unerwartete Risiko. Die Quantifizierung des Marktpreisrisikos erfolgt mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau, einem 500-tägigen Betrachtungszeitraum und einer 250-tägigen Haltedauer in SCD. Die Ermittlung des Spreadrisikos erfolgt ratingbasiert mittels der Anwendung SCD. Für den Spezialfonds erfolgt die Risikoberechnung auf Basis der einzelnen im Fondsvermögen enthaltenen Wertpapiere (Durchschauprinzip). Der gehaltene Anleihen-Publikumsfonds sowie die im Bestand befindlichen Immobilienfonds werden auf Basis der Fondspreishistorie in die Value-at-Risk-Berechnung einbezogen. Die Ergebnisse der Risikoprognosen aus SCD werden einer regelmäßigen Plausibilitätskontrolle unterzogen. Zusätzlich hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Geschäfts- und Risikostrategie volumenbezogene bzw. prozentuale Anlagelimite für einzelne Wertpapiergattungen festgelegt, über deren Auslastung der Geschäftsleitung monatlich berichtet wird. Der Vorstand wird innerhalb der vierteljährlichen Gesamtrisikoberichterstattung sowie einer gesonderten monatlichen Risikoberichterstattung über die Kursrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert.

Das Zinsänderungsrisiko wird vorrangig im Hinblick auf die Auswirkung auf die Zinsspanne untersucht. Es umfasst das Festzinsrisiko und das variable Zinsänderungsrisiko. Das Festzinsrisiko betrifft offene Festzinspositionen, denen keine fristenkongruente festverzinsliche Refinanzierung gegenübersteht. Insbesondere bei großen Festzinsblöcken auf Aktiv- und Passivseite mit unterschiedlichen zeitlichen Strukturen kann das Festzinsrisiko erhebliche Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und die Zinsspanne haben. Das variable Zinsänderungsrisiko kennzeichnet die Gefahr, dass die Zinsspanne variabel verzinslicher Geschäfte bei Marktzinsänderungen aufgrund unterschiedlicher Zinsanpassungselastizitäten auf der Aktiv- und Passivseite sinkt. Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich überwacht.

In vierteljährlichen Prognoserechnungen, die unterschiedliche Zins- und Bestandsszenarien umfassen, wird das periodische Zinsänderungsrisiko berechnet und der Geschäftsleitung zur Kenntnis gegeben. Ergänzend misst die Sparkasse die Zinsänderungsrisiken barwertig. Die Sparkasse steuert das Zinsänderungsrisiko durch einzelne bilanzielle Maßnahmen.

Bewertungsmaßnahmen betrafen im Jahr 2014 verschiedene Einzelwerte der Sparkasse. Die Bewertungsmaßnahmen bei Schuldverschreibungen waren überwiegend zinsinduziert und insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Eine nennenswerte Aufwertung betraf von der Sparkasse gehaltene Anteile an einem sich in Abwicklung befindlichen Immobilienfonds. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Risikolage im Hinblick auf das Bewertungsergebnis günstig entwickelt. Die weiterhin anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten können sich zukünftig erneut negativ auf die Risiko- und Liquiditätsabschläge bei den Wertpapierkursen einzelner Gattungen oder Emittenten auswirken. Aufgrund der Struktur des Wertpapierportfolios und der Emittentenauswahl bestehen aus Sicht der Sparkasse derzeit keine hohen Kursrisiken. Für Kursrisiken bestand ein Limit von 12,0 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 26% des Risikodeckungspotenzials und 50% der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Risikolage günstig entwickelt, die Sparkasse erzielte ein positives Bewertungsergebnis.

Eine bedeutende Beeinträchtigung der Ertragslage durch Zinsänderungsrisiken ist in der einjährigen Risikotragfähigkeitssicht aufgrund der Zinsbindungs- und Laufzeitstruktur nicht zu erwarten. Die Zinsspannenrisiken haben sich im Berichtsjahr für die regulären und Zinsschockszenarien nicht erhöht. Auf Grundlage des aufsichtsrechtlich vorgegebenen 200-Basispunkte-Zinsschocks ist die Sparkasse ein Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Das für die Risikobewertung ergänzend heranzuziehende aufsichtsrechtliche Prüfkriterium (gesamte Eigenmittelanforderung nach Art. 92 Abs. 3 CRR zzgl. Barwertminderung infolge des Zinsschocks $\geq 95\%$ der Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR) wird weiterhin sehr deutlich erfüllt. Für Zinsspannenrisiken bestand ein Limit von 1,5 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 3% des Risikodeckungspotenzials und 6% der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde in allen Szenarien eingehalten.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass ein Kreditinstitut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Als wesentliche Teilrisiken hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungsrisiko eingestuft, wobei auf eine tragliche Quantifizierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos aus methodischen Gründen verzichtet wird. Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten für den Fall ungeplanter Liquiditätsabflüsse.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko steuern wir durch eine tägliche Disposition der liquiden Mittel, eine hohe Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Auf Basis der monatlich nach der Liquiditätsverordnung zu erhebenden Werte werden Szenariorechnungen anhand definierter Szenarien durchgeführt. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl lag wie im Vorjahr über den Anforderungen. Refinanzierungsrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Das Limit für Refinanzierungsrisiken von 1,0 Mio. € beträgt ca. 2% des Risikodeckungspotenzials und 4% der Gesamtlimate. Das Limit wurde im Berichtsjahr eingehalten. Der Vorstand wird monatlich über die Ergebnisse der Szenariorechnungen sowie die Refinanzierungsrisiken informiert.

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von Anlagen bei anderen Kreditinstituten und Wertpapieren, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Refinanzierungsquellen sind vorrangig die Kundeneinlagen. Daneben bestehen Refinanzierungsmöglichkeiten über Kreditinstitute. Ferner besteht über Offenmarktgescäfte die Möglichkeit zur Kreditaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Zum 31.12.2014 lag folgende Refinanzierungsstruktur vor:

Refinanzierungsinstrument	Anteil in %
Kundeneinlagen	88,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,3
Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank / EZB	0,0

Das Liquiditätsrisiko stellt sich unverändert dar. Weder die Liquiditätskennzahl noch die monatlichen Szenariorechnungen deuten auf einen Liquiditätsengpass hin. Für den größten Teil des Wertpapierportfolios sehen wir die kurzfristige Liquidierbarkeit als gegeben. Umwidmungen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt. Risikobegrenzende Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

OPERATIONELLE RISIKEN

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen, Rechtsrisiken sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik. Zielrichtung von Schutzmaßnahmen sind insbesondere die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz von vertraulichen Informationen. Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik haben wir durch Verabschiedung einer Informations-Sicherheitsleitlinie sowie mit der Bestellung eines Informations-Sicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Darüber hinaus werden die operationellen Risiken im Bereich der internen Prozesse durch die Vorgeabe standardisierter Abläufe in Arbeitsanweisungen begrenzt. Juristische Risiken sollen durch die Verwendung von rechtlich geprüften Vertragsformularen vermieden werden.

Schlagend gewordene operationelle Risiken mit Auswirkungen auf die Ertragslage werden datenbankgestützt analysiert. Ferner wird zur Bestimmung des operationellen Risikos eine auf der Risiko-inventur basierende Szenarioanalyse herangezogen. Zur Ermittlung des Risikos wird das Jahresverlustpotenzial aus der Szenarioanalyse in Verbindung mit der (unterjährig) aufgelaufenen Jahres-Bruttosumme der in der Schadensfalldatenbank erfassten Schadensfälle angesetzt. Der Vorstand wird im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung über die Entwicklung der operationellen Risiken informiert.

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen durch operationelle Risiken begründete Feststellungen getroffen worden. Hinweise auf Mängel im internen Kontrollsyste m liegen nicht vor. Die Ergebnisse der Risikoinventur deuten nicht auf nennenswerte Risiken hin. Die Gefahr, dass operationelle Risiken die Ertrags- und Vermögenslage erheblich beeinträchtigen können, sehen wir derzeit nicht. Es besteht jedoch das derzeit schwer abschätzbare Risiko, dass es aufgrund der Rechtsprechung zu vermeintlich fehlerhaften Widerrufsbelehrungen in Darlehensverträgen zur Rückabwicklung derartiger Verträge mit erheblichem Einfluss auf die Ertragslage kommen kann. Nach den aktuellen Gegebenheiten geht die Sparkasse hiervon nicht aus, so dass die Bildung einer Rückstellung unterbleiben kann bzw. die Berücksichtigung im Rahmen der „verlustfreien Bewertung des Bankbuchs“ keine Auswirkung auf die Bilanzierung hat.

Die Risikolage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Für operationelle Risiken bestand ein Limit von 1,3 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 3% des Risikodeckungspotenzials und 5% der Gesamtlimit aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten.

BETEILIGUNGSRISIKEN

Beteiligungen geht die Sparkasse fast ausschließlich im Rahmen von Gemeinschaftsaufgaben der Sparkassen-Finanzgruppe, sowie in geringem Umfang aus Gründen der regionalen Wirtschaftsförderung ein. Die gezielte Übernahme von Adressausfallrisiken in Form kreditnaher oder kreditsubstituierender Beteiligungen ist nicht Gegenstand der Geschäftspolitik der Sparkasse. Risiken bestehen im Rahmen der handelsrechtlichen Bewertung der Beteiligungsunternehmen. Im Rahmen der internen Risikoberichterstattung verzichtet die Sparkasse auf eine Limitierung, da der Gesamtbuchwert der Beteiligungen vom Risikodeckungspotenzial abgesetzt wird.

SONSTIGE RISIKEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der RSGV) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden. Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV im Jahr 2009 (0,42%) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko bildet die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge.

Über das vorgenannte Risiko hinausgehende sonstige Risiken von Bedeutung für die Ertrags- und Risikolage sind nach unserer Einschätzung derzeit nicht erkennbar.

GESAMTWERTUNG DER RISIKOLAGE

Nach den genannten Risikocontrollingberichten sowie den Erkenntnissen der Internen Revision sind die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb der Sparkasse als moderat einzustufen. Alle Risikolimits wurden eingehalten.

Größte Risikotreiber der Sparkasse sind das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft sowie die Marktpreisrisiken aus eigenen Wertpapieren.

Durch die frühzeitige intensive Begleitung der Kreditnehmer konnten die Wertkorrekturen im Kundenkreditgeschäft in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Die insgesamt gute Risikolage führte dazu, dass das Bewertungsergebnis im mehrjährigen Zeitvergleich unterdurchschnittlich war. Die wesentlichen Risikoindikatoren einschließlich der konjunkturellen Erwartungen deuten auf eine in etwa gleich bleibende Risikolage hin.

Aus der mittelbaren Beteiligung an Landesbanken werden voraussichtlich keine zusätzlichen nennenswerten Belastungen der Ertrags- und Vermögenslage der Sparkasse mehr entstehen.

Die Marktpreisrisiken können im laufenden Jahr angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen, eines schnellen Zinsanstiegs an den Geld- und Kapitalmärkten sowie durch eine Verschärfung der europäischen Schuldenkrise wieder zunehmen. Diese Szenarien werden von der Sparkasse weiterhin als eher unwahrscheinlich eingestuft. Damit ist vorerst nicht von möglichen höheren Bonitäts- und Liquiditätsabschlägen einzelner Emittenten und Gattungen oder Kursveränderungen aufgrund steigender Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten auszugehen. Das anhaltende Niedrigzinsniveau wird sich voraussichtlich ungünstig auf die Erträge aus dem zinsgebundenen Kundengeschäft auswirken. Diese Entwicklung wird sich in dem Umfang verstärken wie das Niedrigzinsniveau anhält bzw. eine schnelle und deutliche Zinserhöhung an den Geld- und Kapitalmärkten eintritt.

Die finanziellen Auswirkungen operationeller Risiken betrachtet die Sparkasse mit Ausnahme der im Abschnitt OPERATIONELLE RISIKEN genannten Einschränkung als untergeordnet. Ebenso sind keine Anzeichen erkennbar, die das Liquiditätsrisiko nennenswert erhöhen.

Generell bietet der Verzicht auf komplexe Geschäftsstrukturen sowie die gute Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse ausreichenden Schutz vor möglichen bestandsgefährdenden Risiken. Darüber hinaus hat die Sparkasse aufgrund ihrer guten Risikotragfähigkeit die Möglichkeit, Risiken in einem vertretbaren Umfang bewusst einzugehen.

PROGNOSEREPORTE

Die folgenden Einschätzungen betreffen das Geschäftsjahr 2015 und haben Prognosecharakter. Darauf können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ereignisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aus dem vorangegangenen Abschnitt CHANCEN- UND RISIKOBERICHT ist zu entnehmen, dass die Sparkasse über angemessene Instrumente und Prozesse verfügt, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Im Kreditgeschäft streben wir neue Ausleihungen durch den Ausbau gut einschätzbarer bestehender Kundenbeziehungen im gewerblichen Kreditgeschäft an. Ferner gehen wir davon aus, dass sich Wettbewerber aufgrund der Regulierungsanforderungen von Risikoaktiva trennen werden, wodurch sich Akquisitionschancen ergeben können. Wir erwarten eine Bestandsentwicklung auf dem aktuellen Niveau.

Die Einlagenseite ist weiter von einem intensiven Wettbewerb mit Direkt- und Filialbanken geprägt, welcher durch die neuen Basel-III-Regelungen zu den Liquiditätsanforderungen einen zusätzlichen Schub erfahren hat. Die strukturierte, am unmittelbaren Bedarf unserer Kunden orientierte Beratung der Sparkasse bleibt zentrales Element der Kundenbindung. Aufgrund der Wettbewerbssituation rechnen wir mit einer Einlagenentwicklung auf dem aktuellen Niveau. Innerhalb der Einlagenarten wird die Verteilung in etwa konstant bleiben, sofern das Zinsniveau am Kapitalmarkt nicht nennenswert ansteigt.

Die Entwicklung unserer Bilanz wird von einer Fortschreibung des aktuellen Bestandes im Kundengeschäft gekennzeichnet sein. Das Eigengeschäft wird sich – bedingt durch den voraussichtlichen Abbau kurzfristiger institutioneller Refinanzierungen – geringfügig verringern. Es ist davon auszugehen, dass sich die Bilanzsumme bis Ende 2015 gegenüber dem Jahresabschluss 2014 konstant entwickeln wird.

Die Entwicklung der Zinsspanne wird maßgeblich von der Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen geprägt sein. In unserer Geschäftsplanung gehen wir im Prognosezeitraum von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau aus. Diese Entwicklung würde zu einer weiteren Belastung des Zinsüberschusses führen, der voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Berichtsjahres liegen wird. Der Provisionsüberschuss wird sich nach unseren Annahmen leicht unter dem Niveau des Jahres 2014 bewegen.

Hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes gehen wir im Personalbereich von steigenden Belastungen aufgrund der vereinbarten Tarifsteigerung aus. Die Mitarbeiterzahl wird in etwa konstant bleiben. Der Sachaufwand dürfte sich auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Der Verwaltungsaufwand wird somit insgesamt leicht ansteigen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird voraussichtlich aufgrund der im Risikobericht dargestellten Lage ein im mehrjährigen Zeitvergleich durchschnittliches Niveau haben und somit leicht über dem Wert des Berichtsjahres liegen. Sollte sich das Zinsniveau nennenswert erhöhen, ist mit Abschreibungen auf die Kurswerte unserer im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere zu rechnen. Für unser Wertpapierportfolio gehen wir nicht von wesentlichen bonitäts- und liquiditätsbedingten Bewertungsmaßnahmen aus. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert.

Eintretende Abweichungen von den diesen Erwartungen zugrunde liegenden Annahmen dürften den prognostizierten Geschäftsverlauf der Sparkasse im Planungszeitraum grundsätzlich nicht gravierend beeinflussen. Insgesamt rechnen wir im Jahr 2015 zwar mit einem rückläufigen, im Branchenvergleich jedoch weiterhin überdurchschnittlichen Betriebsergebnis. Aufgrund der Zinssituation und den regulatorischen Belastungen ist in den nächsten Jahren insgesamt von einem kontinuierlichen und deutlichen Ertragsrückgang auszugehen. Die ausgewogene Finanzlage der Sparkasse wird sich voraussichtlich nur wenig verändern. Der erwartete Betriebsüberschuss dürfte weiterhin eine angemessene Dotierung der Rücklagen und Vorsorgereserven ermöglichen. Hinsichtlich des Aufbaus der Vorsorge für die Erste Abwicklungsanstalt verweisen wir auf den CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

Die neuen Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute („Basel III“) werden sich teilweise spürbar auf die Geschäftstätigkeit der Sparkasse auswirken. Während die Sparkasse die neuen Eigenkapitalanforderungen bereits heute erfüllt, werden durch die Liquiditätsanforderungen die Möglichkeiten, langfristige Kredite zu vergeben, voraussichtlich eingeschränkt.

Wermelskirchen, den 19. März 2015

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

der Stadtsparkasse Wermelskirchen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Köln

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

				31.12.2013
				Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		5.319.143,08		5.305
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		4.709.060,75		4.795
			10.028.203,83	10.100
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		803.201,58		13.362
b) andere Forderungen		5.178.356,56		10.201
			5.981.558,14	23.563
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	198.290.972,50	Euro		(189.409)
Kommunalkredite	28.739.468,06	Euro		(24.823)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere		-,-		-
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		-,- Euro		(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		-,- Euro		(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		-,-		-
ba) von öffentlichen Emittenten	30.381.023,97			20.173
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank	30.381.023,97	Euro		(20.173)
bb) von anderen Emittenten	91.848.087,40			85.054
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank	91.848.087,40	Euro		105.228
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-		(76.554)
Nennbetrag	-,- Euro			-
			122.229.111,37	105.228
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand				
7. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-	Euro		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	Euro		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-	Euro		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	Euro		(-)
9. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite	7.782.040,54	Euro		(7.735)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				
		-,-		-
11. Immaterielle Anlagegewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-,-			-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizzenzen an solchen Rechten und Werten	-,-			-
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-,-			-
d) geleistete Anzahlungen	-,-			-
		-,-		-
12. Sachanlagen				
		2.717.398,39		3.153
13. Sonstige Vermögensgegenstände				
		565.768,21		461
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
		86.835,40		237
15. Aktive latente Steuern				
		-,-		-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
		-,-		-
Summe der Aktiva			640.556.054,12	633.586

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2013 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		7.000.000,00		-
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		50.954.928,24		59.880
		<u>50.954.928,24</u>		<u>59.880</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen		147.781.456,92		148.546
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		52.091.276,59		40.050
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		199.872.733,51		188.596
b) andere Verbindlichkeiten		180.144.279,73		169.280
ba) täglich fällig		74.099.703,26		91.391
		<u>254.243.982,99</u>		<u>260.671</u>
		<u>454.116.716,50</u>		<u>449.267</u>
3. Verbrieftete Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
		<u>-,-</u>		<u>-</u>
3a. Handelsbestand				
		-,-		-
4. Treuhandverbindlichkeiten			7.782.040,54	7.735
darunter:				
Treuhandkredite	7.782.040,54 Euro			(7.735)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			253.828,76	310
6. Rechnungsabgrenzungsposten			421.861,98	561
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		6.298.925,00		5.995
b) Steuerrückstellungen		733.432,00		1.166
c) andere Rückstellungen		1.613.699,39		1.623
		<u>8.646.056,39</u>		<u>8.783</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			76.670.000,00	72.450
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen		34.599.265,47		34.491
ca) Sicherheitsrücklage		-,-		
cb) andere Rücklagen		34.599.265,47		34.491
d) Bilanzgewinn		111.356,24		109
		<u>34.710.621,71</u>		<u>34.599</u>
Summe der Passiva			640.556.054,12	633.586
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		10.879.061,34		9.608
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
		<u>10.879.061,34</u>		<u>9.608</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		15.588.518,12		25.104
		<u>15.588.518,12</u>		<u>25.104</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2013 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	17.067.110,66			17.814
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.889.998,25			2.275
		18.957.108,91		20.089
		4.353.545,34		5.241
2. Zinsaufwendungen				
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.662,27 Euro			(3)
			14.603.563,57	14.848
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.162.847,21			1.442
b) Beteiligungen	168.204,36			152
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-,--			-
		1.331.051,57		1.594
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-
5. Provisionserträge	4.231.437,12			3.837
6. Provisionsaufwendungen	133.357,25			125
		4.098.079,87		3.712
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-
8. Sonstige betriebliche Erträge				476
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	6.897,42 Euro			(10)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				-
		20.308.280,16		20.630
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.333.232,35			5.092
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.606.166,66			1.437
darunter: für Alters- versorgung	652.612,38 Euro		6.939.399,01	6.530
b) andere Verwaltungsaufwendungen		2.862.056,57		(518)
			9.801.455,58	2.763
				9.292
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	-,-- Euro			(1)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	485.909,22 Euro			(407)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.969.100,85	924
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,--	-
			1.969.100,85	924
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,--	869
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			7.034,70	-
			7.034,70	869
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,--	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			4.220.000,00	4.500
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.091.723,97	3.744
20. Außerordentliche Erträge	-,--			-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,--			-
22. Außerordentliches Ergebnis	-,--			-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.963.280,15			3.618
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	17.087,58			17
		2.980.367,73		3.635
25. Jahresüberschuss	111.356,24			109
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-,--		111.356,24	109
			111.356,24	109
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,--	-
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,--			-
b) aus anderen Rücklagen	-,--			-
		-,--		-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			111.356,24	109
a) in die Sicherheitsrücklage	-,--			-
b) in andere Rücklagen	-,--			-
		-,--		-
29. Bilanzgewinn	111.356,24			109

Anhang zum Jahresabschluss

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht verändert. Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht verändert.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER AKTIVPOSTEN

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Fälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden wie Vorfälligkeitsentgelte unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt, Rücknahmeabschläge wurden bei der Wertermittlung berücksichtigt. Bei Fonds mit einer ausgesetzten Anteilscheinrücknahme wurde der Börsenkurs zur Wertermittlung herangezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Marktransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes (Pfandbriefe, Bankschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten und Unternehmensanleihen) waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauerhafter und vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesell-

schaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 410 € werden diese Vermögensgegenstände im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Vermögensgegenstände über 410 € werden über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER PASSIVPOSTEN

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0 % und Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf bankübliche Verpflichtungen aus Sparverträgen und Altersteilzeitverpflichtungen sowie auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde der Sonderposten gemäß § 340g HGB aufgestockt.

BEWERTUNG DES ZINSBEZOGENEN BANKBUCHS (ZINSBUCHS)

Zinsbezogene Finanzinstrumente unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

AUSWEIS IN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG SOWIE IM ANHANG

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde kein Gebrauch gemacht. Entsprechende Geschäftsvorfälle lagen zum Bilanzstichtag nicht vor. Der gesonderte Aus-

weis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit auch im Anhang. Dabei wurden die Erträge und Aufwendungen für bankgeschäftliche Sachverhalte unter dem Zinsergebnis und für sonstige Sachverhalte unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank (sogenannte gezahlte Minuszinsen) werden mit den Zinserträgen verrechnet.

UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGSPOSTEN

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Zum Stichtag bestanden ausschließlich in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei diesen Geschäften handelt es sich um Währungspositionen von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

ANGABEN ZU DEN EINZELNEN BILANZPOSTEN UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die zu den Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

AKTIVA 3 FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale	€	€ i.Vj.
	741.643,88	12.932.881,76

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	0,00
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,00
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.000.000,00
Mehr als 5 Jahre	0,00

Im Unterposten b) - andere Forderungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	€	€ i.Vj.
	5.178.356,56	5.178.356,56

AKTIVA 4

FORDERUNGEN AN KUNDEN

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	€	€ i.Vj.
	4.540.108,58	4.571.819,81

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	6.998.175,54
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	31.317.689,59
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	112.125.965,61
Mehr als 5 Jahre	270.718.990,91
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	14.691.722,80

AKTIVA 5

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In diesem Posten sind enthalten:

Beträge, die bis zum 31.12.2015 fällig werden	€
	18.782.692,50

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	106.428.342,50
Nicht börsennotiert	15.023.150,00

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet. Für Teile der in diesem Posten enthaltenen Wertpapiere stufen wir den Markt als nicht aktiv ein.

AKTIVA 6

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin an folgendem inländischen Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Buchwert zu Marktwert Mio. €	Ausschüttung 2014 Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen Mio. €
Spezialfonds	27,7	32,6	4,9	0,6	ja	0,0

Es handelt sich um einen Mischfonds mit internationaler Ausrichtung. Ziel ist die Erwirtschaftung einer regelmäßigen Rendite.

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	0,00
Nicht börsennotiert	15.024.336,52

In diesem Posten sind ausschließlich Fondsanteile enthalten. Für alle in diesem Posten enthaltenen Wertpapiere stufen wir den Markt aufgrund der Rückgabemöglichkeit an die jeweilige Fondsgesellschaft als aktiv ein. Für Anteile an offenen Immobilienfonds gelten seit dem 01.01.2013 gesetzliche Neuregelungen (Halte- und Kündigungsfristen) für Anteilsrückgaben. Für die Anteile eines Fonds ist die Rücknahme durch die Fondsgesellschaft ausgesetzt worden. Es findet ein aktiver Börsenhandel in diesen Anteilscheinen statt. Wir haben die Anteile dieser Fonds daher zum Marktpreis bewertet.

AKTIVA 7 BETEILIGUNGEN

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

AKTIVA 9 TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

AKTIVA 12 SACHANLAGEN

In diesem Posten sind enthalten:

	€
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	1.955.679,30

Entwicklung des Anlagevermögens

Angaben in €	Anschaffungs-kosten	Veränderungen des Geschäftsjahres		Abschrei-bungen insgesamt	Bilanzwert 31.12.2014	Bilanzwert Vorjahr	Abschreibun-gen des Ge-schäftsjahres	Abschreibun-gen des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge					
Grundstücke und Gebäude	12.018.624,50	0,00	0,00	9.665.339,77	2.353.284,73	2.734.185,73	380.901,00	380.901,34
Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	3.132.403,49	61.142,46	559.245,45	2.270.186,84	364.113,66	418.341,07	109.156,69	119.267,21
		Veränderungen zusammengefasst						
Beteiligungen		-233.383,85			7.862.625,75	8.096.009,60		
Sonstige Vermögens-gegenstände		0,00			6.250,00	6.250,00		

AKTIVA 14 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von 55.120,75 € (i. Vj. 205.572,34 €) enthalten.

AKTIVE UND PASSIVE LATENTE STEUERN

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbelastungs- und Steuerent-

lastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,05 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Forderungen an Kunden sowie Rückstellungen. Passive latente Steuern sind von untergeordneter Bedeutung. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE IN FREMDWÄHRUNGEN

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 254.231,27 €.

PASSIVA 1 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In diesem Posten sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	€	€ i. Vj.
	12.002.475,00	3.102.238,57

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	814.529,47
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.406.128,66
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	21.284.596,02
Mehr als 5 Jahre	21.133.340,14

PASSIVA 2 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	8.853.099,14
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	33.259.923,64
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	9.887.699,80
Mehr als 5 Jahre	20.395,46

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	18.233.397,63
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	19.979.408,36
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14.840.572,25
Mehr als 5 Jahre	20.658.921,81

PASSIVA 4 TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

PASSIVA 6 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 414.757,01 € (i. Vj. 67.108,27 €) enthalten.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditmanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

PASSIVA UND EVENTUALVERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNGEN

Die auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten betragen insgesamt 254.231,27 €.

VERBINDLICHKEITEN, FÜR DIE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGEN SIND

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen 35.405.510,67 €

ZINSAUFWENDUNGEN

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 2.662,27 € (i. Vj. 3.104,24 €) enthalten.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungszinsatzes von Rückstellungen in Höhe von 485.909,22 € (i. Vj. 407.316,50 €) enthalten.

SONSTIGE ANGABEN

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November

2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (0,42 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsduer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,42%). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 0,38%. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 1,9 Mio. € durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 0,3 Mio. €.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

LEISTUNGSZUSAGE DER ZUSATZVERSORGUNGSKASSE

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2015 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 4,8 Mio. € im Jahr 2014 0,4 Mio. €.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2014 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 8,4 Mio. € ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK etwa 30% (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2014 verwendet.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE

Im Geschäftsjahr 2014 wurden für den Abschlussprüfer Honorare in Höhe von insgesamt 167 Tsd. € erfasst. Davon entfielen auf die Abschlussprüfungsleistungen 143 Tsd. € und auf andere Bestätigungsleistungen 24 Tsd. €.

MITARBEITER / -INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	79
Teilzeit- und Ultimokräfte	41
	<u>120</u>
Auszubildende	16
Insgesamt	<u>136</u>

VORSTAND

Jahnke, Rainer Vorsitzender
Schumacher, Hans-Jörg

VERWALTUNGSRAT (bis 24.09.2014)

Vorsitzendes Mitglied:
Weik, Eric Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes:
Schmitz-Mohr, Manfred 1. stellvertretender Vorsitzender
Fleschenberg, Martin 2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder:
Bilstein, Jochen Pensionär
Engels, Sigrid Sparkassenangestellte
Fleschenberg, Martin Selbst. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Galonska, Norbert Pensionär
Güntermann, Anja Steuerfachangestellte
Meyer, Bernd Offsetdrucker
Paulig, Jutta Schuldnerberaterin
Scheben, Hans Peter Rentner
Schmitz-Mohr, Manfred Rentner
Schneider, Michael Selbstständiger Kaufmann
vom Stein, Andrea Sparkassenangestellte
Strauch-Schmitz, Karoline Polizeibeamtin

VERWALTUNGSRAT (ab 25.09.2014)

Vorsitzendes Mitglied:
Fleschenberg, Martin

Selbst. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes:

Galonska, Norbert 1. stellvertretender Vorsitzender
Schmitz-Mohr, Manfred 2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder:

Allendorf, Werner	Pensionär
Bilstein, Jochen	Pensionär
Galonska, Norbert	Pensionär
Güntermann, Anja	Steuerfachangestellte
Hellhammer, Dirk	Sparkassenangestellter
Klein, Hans-Jürgen	Rentner
Schenk, Horst-Walter	Selbstständiger Berufsbetreuer
Schmitz-Mohr, Manfred	Rentner
Schneider, Michael	Selbstständiger Kaufmann
Seeger, Klaus	Rentner
vom Stein, Andrea	Sparkassenangestellte
Wilke, Karl-Heinz	Kaufmännischer Angestellter

Herr Bürgermeister Eric Weik nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.

Bezüge und Kredite der Organmitglieder

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium des Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 205 € je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die zum Jahresbeginn amtierenden ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 300 € pro Jahr. Sofern Verwaltungsratsmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge zuzüglich 19% Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Allendorf, Werner	0,4	Scheben, Hans-Peter	0,9
Bilstein, Jochen	1,1	Schenk, Horst-Walter	0,4
Engels, Sigrid	0,5	Schmitz-Mohr, Manfred	1,9
Fleschenberg, Martin	3,0	Schneider, Michael	1,3
Galonska, Norbert	1,9	Seeger, Klaus	0,4
Güntermann, Anja	1,1	vom Stein, Andrea	1,1
Hellhammer, Dirk	0,4	Strauch-Schmitz, Karoline	0,7
Klein, Hans-Jürgen	0,2	Sturz, Robert	0,2
Meyer, Bernd	0,7	Weik, Eric	2,8
Paulig, Jutta	1,1	Wilke, Karl-Heinz	0,4
insgesamt:		20,7 Tsd. €	

Zusätzlich fielen Umsatzsteueranteile von 0,7 Tsd. € an. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge von 21,4 Tsd. €.

Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) an Mitglieder des Verwaltungsrates betrugen 1.860,7 Tsd. €.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Grundlage für die Bezüge sind die Empfehlungen der nordrhein-westfälischen

Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung kann dem Mitglied des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15% des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Jahnke 285,6 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen von 6,1 Tsd. €. Im Geschäftsjahr 2014 wurde dem Vorstandsmitglied Herrn Schumacher 243,8 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 30,8 Tsd. € sowie sonstige Vergütungen von 8,3 Tsd. €. Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden aufgrund der einkommensteuerrechtlichen Vorschriften ermittelt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr 2014 Gesamtbezüge von 574,6 Tsd. € gewährt.

Im Falle der Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Jahnke und Herr Schumacher Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von dem jeweiligen Vorstandsmitglied zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Jahnke beträgt bis zum 31.01.2018 50% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung um 5%-Punkte auf 55% an. Der Anspruch von Herrn Schumacher beträgt bis zum 31.05.2018 45% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5%-Punkte auf maximal 55% an.

Die Altersversorgung beträgt maximal 55% der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltzahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Jahnke beläuft sich zum 31.12.2014 auf 1.629,0 Tsd. €. Im Jahr 2014 wurden der Pensionsrückstellung 211,8 Tsd. € zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schumacher beläuft sich zum 31.12.2014 auf 932,8 Tsd. €. Im Jahr 2014 wurden der Pensionsrückstellung 138,7 Tsd. € zugeführt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 342,2 Tsd. € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 3.484,8 Tsd. €.

Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) an Mitglieder des Vorstandes betragen 441,5 Tsd. €.

Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Herr Jahnke ist mit Wirkung vom 01.07.2014 Mitglied des Aufsichtsrates der Provinzial Rheinland Versicherung AG sowie der Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG.

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen Angaben gemäß Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse www.sparkasse-wermelskirchen.de unter der Rubrik Preise und Hinweise/Preise und Leistungen/Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Wermelskirchen, den 6. März 2015

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Wermelskirchen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeföhrten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuföhrn, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystens sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13.05.2015

**PRÜFUNGSSTELLE DES
RHEINISCHEN SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES**

Bleck
Wirtschaftsprüfer

van der Heijden
Verbandsprüferin